

Ein Triumph gescheiterter Ideen — Einleitung

„Die Selbstregulierung, die alles regelt — damit ist jetzt Schluss. Laissez-faire — damit ist jetzt Schluss. Der Markt, der immer Recht hat — damit ist jetzt Schluss.“

Nicolas Sarkozy, 25. September 2008¹

Trichet: „Der Markt hat immer Recht, und er muss zu allen Zeiten vollständig respektiert werden.“

Frage: „Entschuldigung, haben Sie gesagt, dass der Markt immer Recht hat?“

Trichet: „Ja, ich habe gesagt, dass der Markt immer Recht hat.“

Jean-Claude Trichet auf einer Pressekonferenz, 8. April 2010²

Wichtig an diesen beiden Zitaten sind nicht die Personen, von denen die Aussprüche stammen. Die Europäische Zentralbank hat mittlerweile einen neuen Präsidenten, und vielleicht trifft dasselbe auch auf Frankreich zu, wenn dieses Buch erschienen ist. Interessant ist der rasche Wechsel der politischen Gezeiten nach 2008, der in den Äußerungen dieser führenden Persönlichkeiten — nur zufällig sind beide Franzosen — zum Ausdruck kommt.

Sicherlich, keiner der beiden wird seine oben zitierte Aussage völlig ernst gemeint haben. Sarkozy wusste natürlich, was viele Menschen im Herbst 2008 hören wollten – ganz abgesehen davon, dass er es ohnehin nie akzeptieren würde, wenn irgendetwas oder irgendjemand versuchen würde, sich selbst zu regulieren oder Recht zu haben, wenn er nicht die Anordnung dazu gegeben hätte — einschließlich der zu einer „Neugründung des Kapitalismus“. Auch Trichet argumentierte in gewisser Weise taktisch, als er darauf bestand, dass der EZB-Präsident niemals Bewegungen an Wertpapier- oder Währungsmärkten kommentieren würde. Auf der anderen Seite waren beide Aussagen auch ernst gemeint. Sie reflektierten einen zum jeweiligen Zeitpunkt vorherrschenden Trend – sei es in der öffentlichen Debatte oder (wie im Falle Trichets) in Elitezirkeln. Diese zeitliche Abfolge von politischen Orientierungen ist daran erkennbar, dass spätestens in der Eurokrise „die Märkte“ als oberste Gerichtsbarkeit re-inthronisiert worden sind, und zwar unabhängig davon, ob sie „immer Recht“ haben oder nicht. Doch im Grunde haben wir es nicht allein mit

¹ ‘Le président de la République veut refonder le capitalisme.’ Discours du 25 Septembre à Toulon. Online: <http://www.gouvernement.fr/gouvernement/le-president-de-la-republique-veut-refonder-le-capitalisme>. Übersetzung dieses und der übrigen englischen und französischen Zitate im vorliegenden Text durch mich - SL.

² Jean-Claude Trichet, President of the ECB, Frankfurt am Main, 8 April 2010. Introductory statement with Q&A. Online: <http://www.ecb.int/press/pressconf/2010/html/is100408.en.html>

einem zeitweiligen Schlenker in der politischen Rhetorik zu tun, sondern auch mit einer noch andauernden Verbindung von finanzmarktkritischen Bekenntnissen auf der einen Seite und hartnäckig neoliberaler Politik der Herrschenden in einem Umfeld von Chaos und Desorientierung auf der anderen Seite. Diese wirklich *seltsame* Kontinuität im Faktischen hat Colin Crouch (2011) veranlasst, über den (im englischen Originaltext) „seltsamen Nicht-Tod des Neoliberalismus“ zu schreiben. Paul Krugman (2010) hatte zuvor in seiner New York Times - Kolumne dieses Phänomen als den „seltsamen Triumph gescheiterter Ideen“ bezeichnet – eine Formulierung, die wir so treffend fanden, dass wir sie zum Titel des vorliegenden Buches gemacht haben. In den hier versammelten Aufsätzen beschäftigen wir uns mit dem Verlauf und den Wirkungen dieses Nicht-Todes und Triumphes für die Wirtschaft und die Arbeitsmärkte in zehn europäischen Ländern.³

Was uns zusammengeführt hat

Es ist keine einfache Sache, in Zeiten wie diesen ein solches Buch zu veröffentlichen. Als Herausgeber, der auch auf die Einhaltung von Abgabefristen zu achten hat, habe ich einmal einige Autorinnen und Autoren in einer E-Mail gebeten, ihren Text möglichst noch vor dem Zusammenbruch des Euro abzuliefern. Es war natürlich scherzhaft gemeint, aber wer weiß. Eine Kollegin antwortete mir, es sei für sie so schwierig, ihren Aufsatz abzuschließen, weil sich in ihrem Land die Ereignisse überschlugen. Tatsächlich merkt man dem vorliegenden Buch dieses Problem immer wieder an. Doch wir wussten ja, worauf wir uns einließen und dass dies nicht zu vermeiden sein würde. Wir nahmen diese Schwierigkeit in Kauf, weil der Gegenstand unserer Analysen über das wirtschaftliche und politische Auf und Ab der zurückliegenden drei Jahre hinaus geht. Was uns interessiert sind die Umbrüche in den Wirtschafts- und Sozialordnungen, den nationalen „Modellen“ der Organisation von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Europa.

Ursprünglich geht dieses Vorhaben auf eine seit den 1990er Jahren verstärkt geführte sozialwissenschaftliche Diskussion über unterschiedliche länderspezifische

³ Dieses Buch wäre ohne die finanzielle Unterstützung der Stiftung „Transform! European Network for alternative thinking and political dialogue“ nicht zustande gekommen, die sowohl eine Tagung unserer ForscherInnengruppe als auch die Übersetzung der Beiträge ins Deutsche ermöglichte. Ein herzlicher Dank geht auch an Richard Detje vom VSA-Verlag, der dieses Projekt von Anfang an mit großem Engagement vorangetrieben und maßgeblichen Anteil an der redaktionellen Bearbeitung der Beiträge hat.

Organisationsformen des Kapitalismus zurück. Diese Diskussion war zum guten Teil eine Reaktion auf die zunehmende Dominanz des Neoliberalismus. Es ging darum, zumindest in den Gesellschaftswissenschaften das vorherrschende Denken in den Kategorien des „One Best Way“ und des „There is no alternative“ (TINA) auf seinem eigenen Terrain herauszufordern. Zunächst in der Literatur über die „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ (Esping-Andersen 1990), später in den Debatten über die „Spielarten des Kapitalismus“ (Hall/Soskice 2001) wurde gezeigt, wie unterschiedlich innerhalb des Kapitalismus die konkreten nationalen Entwicklungswege durch Institutionen des Wohlfahrtsstaates, des Arbeitsmarktes und des Produktionssystems geprägt sein können. Die vielleicht wichtigste Pointe dieser Literatur gegenüber dem neoliberalen Mainstream bestand in dem Nachweis, dass kapitalistische Länder sich wirtschaftlich ähnlich erfolgreich (gemessen z.B. am Wirtschafts- oder Beschäftigungswachstum) entwickeln können, auch wenn sie sehr unterschiedliche Systeme der Arbeitsmarktregulierung oder des Sozialstaats haben. Doch die *sozialen* Auswirkungen dieser Institutionen können sich erheblich voneinander unterscheiden. Mit anderen Worten: Der wirtschaftliche Erfolg der USA und Schwedens kann ähnlich groß sein, aber der soziale Erfolg Schwedens (gemessen z.B. an der Einkommensverteilung, am Ausmaß von Armut oder Kriminalität) ist dabei wesentlich größer. Institutionen sind also weiterhin wichtig – das war die zentrale Aussage, die in den Zeiten des unangefochtenen Glaubens an den Markt, der alles am besten regelt, durchaus nicht selbstverständlich war.

Doch können sich diese Modelle nicht auch ändern, kann es nicht sogar Brüche in ihrer Entwicklung geben? Diese einfache Frage brachte unsere Gruppe von Forscherinnen und Forschern aus zehn europäischen Ländern zusammen, um die „Dynamik nationaler Beschäftigungsmodelle“ zu untersuchen — so der Name unseres von der EU finanzierten Projekts, das nach drei Jahren im Jahre 2007 endete. Der wichtigste Befund unserer vergleichenden Länderstudien bestand darin, dass im Verlauf der zurückliegenden 20 Jahre die meisten der gegenwärtig bestehenden nationalen Modelle — wenn auch in unterschiedlichem Maße und auf verschiedensten Wegen — in zunehmende Spannungen und Widersprüche getrieben worden waren. Starker Veränderungsdruck ging und geht sowohl von internationalen (Stichworte: „Globalisierung“ und „Europäisierung“) als auch von innergesellschaftlichen (Stichwort: demographischer Wandel) Prozessen aus, und dieser Veränderungsdruck wurde unter den Bedingungen einer Hegemonie des

Neoliberalismus umgesetzt. Von besonderer Bedeutung in Europa war dabei die Binnenmarktstrategie der EU („negative Integration“) die maßgeblich dazu beitrug, die bestehenden Modelle zu destabilisieren, während gesellschaftliche Kräfte, die eine Erneuerung und Stärkung sozialer Institutionen auf nationalstaatlicher und auf EU-Ebene wollen, von untergeordneter Bedeutung waren. Als Quintessenz unseres Forschungsprojekts formulierten wir die Notwendigkeit eines neuen Anlaufs zum „Aufbau von Institutionen auf mehreren Ebenen“, um auf stärkeren sozialen Ausgleich gerichtete nationale Wirtschafts- und Sozialmodelle in Europa zu entwickeln.⁴

Aus heutiger Sicht erscheint diese Formulierung vielleicht etwas zurückhaltend, aber die Schlussfolgerung dürfte in der Sache aktueller denn je sein. Dies wurde schneller deutlich, als wir angenommen hatten, denn als wir unser Projekt abschlossen, begann die Krise. Wir überlegten, ob die in unserer Zusammenarbeit gesammelten Erkenntnisse und Erfahrungen dabei helfen könnten, die europäischen Ereignisse seit 2008 besser zu verstehen. So trafen wir uns erneut im Frühjahr 2011, um uns über die Krisenprozesse in unseren Ländern auszutauschen. Unsere Diskussion kreiste um drei Fragen:

- In welcher Weise trugen die Veränderungen der nationalen Modelle vor der Krise dazu bei, den Boden für die Krise zu bereiten?
- Wie ist die Krise in den einzelnen Ländern verlaufen, welche Wechselwirkungen gab es zwischen der Krise und den nationalen Kapitalismusmodellen?
- Welche Lehren wurden gezogen, vor welchen Herausforderungen und Alternativen stehen die nationalen Akteure im Hinblick auf die Zukunft der jeweiligen sozialökonomischen Entwicklungsmodelle?

In den folgenden Kapiteln dieses Buchs werden die zehn Länderanalysen vorgestellt, deren Grundgedanken auf unseren Treffen diskutiert wurden. Ihnen folgt ein Beitrag von Hans-Jürgen Urban, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall,

⁴ Einen Überblick über einige Projektergebnisse sowie Analysen zum Umbruch im deutschen Kapitalismusmodell haben wir bei VSA veröffentlicht (Lehndorff 2009). Die übrigen aus dem Projekt hervorgegangenen Publikationen — Länderstudien, Branchenstudien, sowie Vergleiche der Wirkungen der Sozialstaaten auf Lebensläufe und Erwerbsbiografien — liegen auf englisch vor (Bosch/Lehndorff/Rubery 2009; Huws/Lehndorff/Grimshaw 2010; Anxo/Bosch/Rubery 2010). Zu weiteren Informationen vgl. <http://www.iaq.uni-due.de/projekt/iat/dynamo.php>.

über die Herausforderungen an die Gewerkschaftspolitik in Europa. Den Abschluss bildet eine Analyse der gegenwärtigen Wirtschafts- und Fiskalpolitik auf EU-Ebene von Janine Leschke, Sotiria Theodoropoulou und Andrew Watt vom Europäische Gewerkschaftsinstitut (ETUI).⁵

Selbstverständlich darf man von den Beiträgen in diesem Buch keine Voraussagen über die zukünftige Entwicklung in den hier analysierten Ländern erwarten. Der Wert der Analysen besteht vielmehr darin, dass sie Eindrücke davon vermitteln, wie die Vorgeschichte der jetzigen Krise in den einzelnen Ländern aussieht, wie die jetzt zu Tage tretenden Probleme entstanden sind und auf welche Weise die Krise jeweils bewältigt wurde — oder besser: warum sie nicht bewältigt wird. Als die englischsprachige Ausgabe des Buchs erschien, schrieb mir einer der ungarischen Kollegen, dass angesichts der jüngsten Entwicklungen in seinem Land die Versuchung groß sei, die Geschichte fortzusetzen. Aber er denke, dass das Kapitel über Ungarn in seiner jetzigen Form den Leserinnen und Lesern zumindest einen Hintergrund biete, um die aktuellen Meldungen besser zu verstehen. Das ist auch meine Hoffnung für die übrigen Kapitel: Viele Fragen werden offen bleiben, aber vielleicht tragen die Kapitel ein wenig zum besseren Verständnis der Entwicklungen in anderen Ländern bei in einer Zeit, in der europäische Rhetorik benutzt wird, um nationale Egoismen zu verschleiern.

Spielarten des Kapitalismus — Spielarten der Krise

Die Beiträge zu diesem Buch unterstreichen, dass es sowohl oberflächlich als auch irreführend ist, die gegenwärtige wirtschaftliche Krise unter der Überschrift „Staatsschuldenkrise“ zusammenzufassen, wie es in den Mainstream-Medien und der Politik üblich ist. Was wir gegenwärtig erleben hat seine Vorgeschichte — wenn auch je nach Land auf sehr unterschiedliche Weise — in der Destabilisierung nationaler Kapitalismusmodelle im Zuge der zunehmenden Dominanz des Neoliberalismus seit dem Niedergang des „goldenen Zeitalters des Kapitalismus“. Für Europa gilt ebenso wie für die USA, was Robert Reich (2008, S. 98) in unnachahmlich amerikanischer Weise auf den Punkt gebracht hat: „Vor 1980 war

⁵ Das ETUI war über diesen inhaltlichen Beitrag hinaus ein wichtiger und überaus hilfreicher Kooperationspartner, weil es die englischsprachige Ausgabe dieses Buches vorbereitet und veröffentlicht hat. Vgl. <http://www.etui.org/Publications2/Books/A-triumph-of-failed-ideas-European-models-of-capitalism-in-the-crisis>.

Wall Street der Handlanger der Industrie und unterstützte die großen Oligopole falls nötig bei der Aufnahme von Kapital. Nach 1980 wurde die Industrie zum Handlanger der Wall Street.“

Die Verbindung von finanzmarktgetriebener Kapitalakkumulation⁶, Binnenmarktpolitik der EU und europäischer Währungsunion mit der Schwächung der Sozialstaaten und der Regulierungen auf Arbeits- und Gütermärkten in den meisten EU-Ländern hat schwerwiegende Ungleichgewichte innerhalb der EU heraufbeschworen und zu den Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft beigetragen (Horn et al. 2009). Insbesondere die Währungsunion zwischen einem export- und überschussorientierten Kern und einer Peripherie, die in hohem Maße von auslandskreditfinanziertem Import abhängig ist, hat sich als katastrophale und in dieser Form nicht zukunftsfähige Fehlkonstruktion erwiesen (Becker/Jäger 2009). Diese im Geiste einer geradezu verbissenen neoliberalen Gläubigkeit konzipierten europäischen Projekte, die von allen beteiligten Regierungen für gut geheißen wurden, haben keinem der Länder zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklungspfade eröffnet.

Die zehn Länder-Fallstudien zeigen, in welchem Maße die betreffenden sozialökonomischen Modelle entweder nicht zukunftsfähig für das jeweilige Land oder nicht zukunftsfähig für andere Länder sind. Das Kapitel über Griechenland beschreibt das wahrscheinlich eindrucksvollste Beispiel des ersteren, das Kapitel über Deutschland das sicherlich wichtigste Beispiel für letzteres. Mehr noch: Zumindest für Deutschland lässt sich sagen, dass dieses sozialökonomische Modell weder zukunftsfähig für das jeweilige Land noch für den Rest Europas ist.

Das kurze Intermezzo massiver Konjunkturprogramme in den Jahren 2008/2009 war zwar überaus wichtig für die kurzfristige konjunkturelle Erholung, doch es enthielt unglücklicherweise nirgendwo in Europa Elemente, die darauf gerichtet gewesen wären, strukturelle Veränderungen anzustoßen. Es ist so, wie Leschke, Theodoropoulou und Watt in ihrem Beitrag feststellen: „Die Krise hätte als eine Gelegenheit genutzt werden können und müssen, um Korrekturen an den bisherigen Wachstumsmodellen einzuleiten, deren hervorstechendes Merkmal die zunehmende Ungleichheit gewesen ist.“ In ganz ähnlicher Weise kritisiert Hans-Jürgen Urban, dass die Sozialpakete in einigen Ländern – insbesondere in Deutschland und Österreich – zwar Großartiges geleistet haben, um zu verhindern, dass die Krise mit

⁶ Eine für mich nach wie vor grundlegende und wegweisende Analyse dieses Prozesses ist die von Jörg Huffs Schmid (2002). Vgl. auch Hicckel/Troost (2010).

voller Wucht auf den Arbeitsmarkt durchschlägt, zugleich aber nicht dazu beigetragen haben, neue und vorbeugende Politikansätze voran zu bringen.

Das vorliegende Buch soll nicht mit den in den zurückliegenden zwei bis drei Jahren erschienen wirtschaftswissenschaftlichen Kritiken jener Regierungsstrategien konkurrieren, mit denen gegenwärtig beträchtliche Teile der EU und insbesondere der Euro-Zone ins Desaster geführt werden. Der Schwerpunkt dieses Buchs ist ein anderer. Die hier versammelten Fallstudien beleuchten die Bedeutung der Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen und institutionellen Veränderungen innerhalb der einzelnen Länder, aber ebenso die Bedeutung politischer Kräfteverhältnisse. Genau diese Wechselwirkung innerhalb des Dreiecks von nicht nachhaltigen Wachstumsmodellen, defizitären Institutionen des Arbeitsmarktes und Sozialstaats sowie politischen Fehlentscheidungen auf nationaler und EU-Ebene macht es gegenwärtig so überaus schwierig, Wege aus der Krise zu finden. Dies ist im Kern die Geschichte, die in den zehn Länderkapiteln erzählt wird. Tabelle 1 fasst die wichtigsten Stichworte daraus zusammen.

Tabelle 1: Von Nord nach Süd: Europäische Kapitalismusmodelle vor und während der Krise in Stichworten

	Modell-Typ*	Charakteristische Veränderungen in den 1990ern und 2000ern	Spannungen/Widersprüche/ungelöste Probleme vor der Krise	Neue Tendenzen/Hauptprobleme seit 2008
Schweden	CME; Sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat	Revitalisierung durch Anpassung oder Wiederherstellung traditioneller Eckpfeiler (Makroökonomische Steuerung, Sozialkontrakte) sowie die Stärkung neuer Elemente (Innovationspolitik).	Verbindung von Deregulierung der Produktmärkte mit Sicherung sozialer Standards - Bedrohung durch die EU. Hohe Steuerquote als ständige politische Herausforderung.	Kernelemente des Modells in der Krise weitgehend erhalten, nur geringer Anstieg der öffentlichen Verschuldung. Aber zunehmende Dualisierung des Arbeitsmarkts, sich verschlechternde Beschäftigungsaussichten für Jugendliche/Einwanderer/gering Qualifizierte. Deutliche Schwächung der Gewerkschaften durch Reform der Arbeitslosenversicherung.
Großbritannien	LME; Residualer Wohlfahrtsstaat	Verstärkung des liberalen Markt-Modells, aber zugleich Sicherung seiner Akzeptanz und Funktionsfähigkeit durch Stärkung seiner sozialen Pfeiler unter New Labour.	Fragilität des Modells wegen seiner zunehmenden Abhängigkeit von Finanzialisierung und privater (hypothekenbasierter) Verschuldung. Anhaltende Segmentierung des Arbeitsmarkts trotz verbesserter öffentlicher Dienstleistungen und sozialer Schutzgarantien.	Massiver Kurswechsel hin zu Austeritätspolitik. Abbau öffentlicher Dienstleistungen und sozialer Schutzrechte, Rückzug des Staates zu Gunsten des Privatsektors. Vorhersehbare Folgen sind steigende Armut und zunehmende regionale Ungleichheit.
Irland	LME; Residualer Wohlfahrtsstaat	Neoliberales Erfolgsmodell (niedrige Steuern, „flexibler“ Arbeitsmarkt), legitimiert durch steigende Löhne und wachsende Beschäftigung, gestützt durch „Sozialpartnerschaft“.	Abhängigkeit von anhaltendem Tempo ausländischer (v.a. US-) Investitionen in Exportindustrien, was zunehmende Intra-EU-Konkurrenz nach sich zieht; geringe soziale Investitionen fördern Einwanderung statt Entwicklung des heimischen Arbeitskräftepotentials; lasche Finanzmarktregulierung öffnete die Tür zu Hypothekenblase und Konsumentenverschuldung.	Ausweg aus der Krise gesucht auf ähnlichem Weg wie vor der Krise, d.h. durch US-Investitionen und niedrige Unternehmenssteuern. Massive Kürzungen im öffentlichen Dienst. Marginalisierung der Gewerkschaften statt „Sozialpartnerschaft“.
Deutschland	CME; Kontinentaler /	Umbruch und Fragmentierung; neoliberale	Erfolgreiche Re-Dynamisierung des Produktionsmodells („deutsche	Große Potentiale für „grünes Wachstum“ aber anhaltende

	Konservativer Wohlfahrtsstaat	Neuorientierung der mächtigsten Akteure in der Folge der Vereinigung und des Zusammenbruchs des Staatssozialismus	lean production“) aber zunehmende soziale Spaltung durch Schwächung von Eckpfeilern des Beschäftigungssystems bei Fortbestehen des konservativen Familienmodells und Fehlen universeller sozialer Arbeitsstandards.	einseitige Abhängigkeit vom Wachstum der Exportmärkte. Zurückbleiben öffentlicher Investitionen und sozialer Dienstleistungen perspektivisch verschärft durch „Schuldenbremse“. Weiterhin starke Hindernisse für allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn und geschlechterpolitische Modernisierung des Wohlfahrtsstaates.
Frankreich	CME/etatistisch; Kontinentaler / Konservativer Wohlfahrtsstaat	Wandel von „staatlich dirigiert“ zu „staatlich gefördert“	Dezentralisierung der Verwaltung und große Privatisierungen, aber zunehmende staatliche Rolle bei Garantie für Mindesteinkommen sowie bei der Arbeitsmarktpolitik, v.a. angesichts hoher Jugendarbeitslosigkeit.	Anhaltende Arbeitslosigkeit und zunehmende Dualisierung des Arbeitsmarkts. Aufkommende Themen: Kürzung öffentlicher Ausgaben, Steuerreformen, Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, anwachsende soziale und regionale Spaltungen.
Österreich	CME; Kontinentaler / Konservativer Wohlfahrtsstaat	Wandel von Nachfragegeleitetem zu Angebotsgeleitetem Korporatismus.	Kontinuität der institutionalisierten Sozialpartnerschaft mit Fortbestehen sozialer Arbeitsstandards bei gleichzeitiger politischer Hinwendung zum „Angebotskorporatismus“. Fortbestehen des konservativen Familienmodells.	Stärkung der Sozialpartnerschaft in der Krise. Weiter zunehmende Abhängigkeit der Industrie von Exporten nach Deutschland und der Banken von den Märkten in Mittel- und Osteuropa.
Ungarn	Nach-Übergang; Wohlfahrtsstaat als Erbe des Staatssozialismus	Auf der Suche nach einem Entwicklungsmodell; Pendeln zwischen liberalem und „Rheinischem“ Kapitalismus.	Hohe Abhängigkeit von Auslandsinvestitionen und Abspaltung der heimischen Wirtschaft; ungelöstes Problem des Zurückbleibens der Wertschöpfungsbasis gegenüber hohen Ansprüchen und hohem Bedarf an Leistungen des Wohlfahrtsstaates. Zunehmend schuldenbasiertes Konsumwachstum.	Starke private und öffentliche Verschuldung, einschneidende Kürzungen öffentlicher Leistungen und Transferzahlungen, Schwächung der Arbeitsmarktregulierung, Steuerpolitik zugunsten der oberen Mittelklasse. Zentralisierung der Regierungsgewalt im Zeichen eines starken Rechtspopulismus.
Griechenland	Staatsgeführt; Familialistischer Wohlfahrtsstaat	Zunehmender Gegensatz zwischen steigender Frauenerwerbstätigkeit und familialistischem Wohlfahrtsstaat. Zurückdrängung des staatsgeführten durch liberalen Kapitalismus. Kleiner werdender Kern bei wachsendem „Rand“ auf dem Arbeitsmarkt.	„Liberalisierungen“ führen nicht zu neuen Wettbewerbsvorteilen in der internationalen Arbeitsteilung. Begrenzter Abbau des familialistischen Wohlfahrtsstaats, z.T. bedingt durch schwache Steuerbasis.	Zusammenbruch des bisherigen sozio-ökonomischen Modells. Beschleunigung des Übergangs zum liberalen Modell mit residualem Wohlfahrtsstaat. Das Problem der Entwicklung von Wettbewerbsvorteilen bleibt ungelöst.
Italien	CME (v.a. im Norden – dagegen unterentwickelter Süden); Familialistischer Wohlfahrtsstaat	Größer werdende Spannungen zwischen wirtschaftlicher/sozialer Entwicklung und familialistischem Wohlfahrtsstaat. Kleiner werdender Kern bei wachsendem „Rand“ auf dem Arbeitsmarkt.	„Hinkender Reformismus“: Probleme der stagnierenden Spezialisierung auf Konsumgütermärkten mit starkem Verlagerungsdruck. Wachsende Probleme mit segmentiertem und unzulänglichem sozialstaatlichen Schutz. Zunehmender Nord-Süd-Gegensatz. Zu enge Steuerbasis für größere Reformen des Sozialstaats.	„Hinausgeschobene Reformen und fehlgeleitete Politik“: weitere Zunahme der sozialen und regionalen Ungleichgewichte, Fehlen von Industriepolitik, staatliche Bürokratie, Steuervermeidung und degressive Besteuerung.
Spanien	CME; Familialistischer Wohlfahrtsstaat	Wandel vom koordinierten zum liberalen Modell. Spannungen zwischen wirtschaftlicher/sozialer Entwicklung und familialistischem Wohlfahrtsstaat.	Opposition auf nationaler Ebene gegen Trend zum liberalen Modell nur durch die Gewerkschaften, die auf betrieblicher Ebene aber schwach verankert sind. Starke Spaltung des Arbeitsmarkts. In jüngerer Zeit erste Modernisierungsschritte im Wohlfahrtsstaat. Wachsende Abhängigkeit von Bauwirtschaft und Hypothekenmarkt, zunehmende private Verschuldung.	Nach dem Platzen der Hypothekenblase: rasanter Anstieg der (v.a. Jugend-)Arbeitslosigkeit; Fehlen jeglicher Industriepolitik incl. Berufsbildung; Fragmentierung des Tarifvertragssystems zwecks Förderung eines Niedriglohnssektors; bedeutende Kürzungen öffentlicher Ausgaben. „Die Aussichten sind dramatisch.“

* Typologisierung entsprechend der Literatur über die Spielarten des Kapitalismus (LME = Liberale Marktwirtschaft, CME = Koordinierte Marktwirtschaft) sowie über die Varianten des Wohlfahrtsstaates. Quellen: Bosch/Lehndorff/Rubery (2009); AutorInnen der folgenden Kapitel; eigene Darstellung

Die Quintessenz der überaus groben Skizzierungen in Tabelle 1 lässt sich auf einen einfachen Punkt bringen: Mit sehr wenigen Ausnahmen können die „Spielarten des Kapitalismus“ in Europa heute als „Spielarten der Krise“ bezeichnet werden. Der Charakter und die Tiefe der jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Probleme unterscheiden sich erheblich von Land zu Land. Dies gilt auch für den Umfang und die Bedeutung der Staatsschuldenproblematik, deren länderspezifische Ursachen in den betreffenden Kapiteln beleuchtet werden. Fast allen nationalen Modellen gemeinsam ist jedoch, dass sie – wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen – in den wenigen Jahren seit dem offenen Ausbruch der Krise deutlich instabiler geworden sind.

Dass „instabil“ eine dramatische Untertreibung sein kann, wird in besonders beunruhigender Weise aus den Kapiteln über Ungarn und Griechenland, aber auch über Spanien deutlich. Hier geht es um nicht weniger als die Frage, auf welchen Grundlagen sich diese Länder zukünftig wirtschaftlich und sozial entwickeln sollen. Italien unterscheidet sich von dieser Ländergruppe erheblich durch seine weiterhin dynamische verarbeitende Industrie im Norden des Landes. Doch dieses Potential wird zukünftig nur weiterentwickelt und zum Vorteil des ganzen Landes genutzt werden können, wenn der Staat grundlegend reformiert wird. Das Schicksal Großbritanniens wiederum wird mehr denn je von der Londoner City abhängen, denn ausgerechnet der öffentliche Sektor, der im Jahrzehnt vor der Krise einen überproportional starken Beitrag zum Beschäftigungswachstum geleistet hat, wird jetzt massiven Kürzungsprogrammen unterworfen. Irland schließlich bietet das vielleicht widersprüchlichste Bild aller Länder, die im vorliegenden Buch analysiert werden, denn die gigantische Umwandlung privater in staatliche Schulden wurde zum Anlass für radikale Kürzungen öffentlicher Ausgaben genommen, während die Abhängigkeit von exportgetriebenen ausländischen Investitionen zu einem, wie es James Wickham ausdrückt, „nationalen Fetisch“ geworden ist (und die damit verbundene niedrige Unternehmensbesteuerung zum „Symbol nationaler Unabhängigkeit“ erhoben wurde).

Im Gegensatz zu den beunruhigenden Aussichten, die in diesen Kapiteln beschrieben werden, scheinen die Euro-Zonen-Länder Österreich, Frankreich und

Deutschland (zusammen mit Schweden, auf das ich gleich zurückkomme) ein wesentlich besseres Bild zu bieten. Doch auch dort werden die Probleme eher größer als kleiner. So ist Frankreich zwar von der Rezession weniger massiv getroffen worden als die anderen beiden Länder, weil seine wirtschaftliche Entwicklung stärker vom Binnenmarkt abhängt. Dennoch wirft es für die längerfristige wirtschaftliche Entwicklung Probleme auf, dass die französische Exportindustrie stärker über den Preis konkurrieren muss als die deutsche. Hinsichtlich der sozialen Entwicklung wiederum fällt auf, dass im Ergebnis der Krise die sozialen und regionalen Ungleichheiten einen erneuten mächtigen Schub bekommen haben. Vor allem die Verschärfung solcher seit langem bestehender großer Probleme wie der hohen Jugendarbeitslosigkeit berechtigen zu ernstern Zweifeln an der Nachhaltigkeit des französischen Wirtschafts- und Sozialmodells. Österreich wiederum wird immer abhängiger von seiner Exportindustrie und vom Auf und Ab der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, während sein Bankensystem sehr verletzlich geworden ist durch das starke Engagement in den hoch verschuldeten Privatsektoren Mittel- und Osteuropas. Im Hinblick auf Deutschland schließlich, dessen politische Führung sich zum Lehrmeister Europas aufspielt, ist vor allem zu beachten, wie sehr die Schwächung und der neoliberale Umbau der Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsinstitutionen im zurückliegenden Jahrzehnt den Druck auf die Durchschnittslöhne verstärkt haben und damit den paradoxen Effekt haben, dass der angebliche Wachstumsmotor in Wirklichkeit zu einem Mühlstein der wirtschaftlichen Entwicklung Europas geworden ist.

Schweden kann bis zu einem gewissen Grad als Ausnahme in unserer Länderauswahl betrachtet werden. Trotz der diesbezüglich wachsenden Probleme hat sein den Kapitalismusmodell, das den sozialen Ausgleich in vergleichsweise starkem Maße einschließt, die Rezession im Großen und Ganzen unbeschädigt überstanden und erfreut sich unverminderter Unterstützung aus großen Teilen der Gesellschaft. Dennoch: Die Arbeitslosigkeit — insbesondere unter jungen Menschen, Einwanderern und Geringqualifizierten — verharrt auf einem Niveau, das in diesem Land weithin als inakzeptabel gilt. Dies wiederum wird von der gegenwärtigen (bürgerlich-rechten) Regierung zum Anlass genommen, an wichtigen Pfeilern des Modells zu sägen und das bisherige Zusammenspiel der Institutionen und Akteure gewissermaßen durch die Hintertür in Frage zu stellen (nachdem frühere Versuche, das schwedische Modell durch die Vordertür, nämlich über die Reduzierung von

Steuern und Sozialleistungen zu demontieren, von den WählerInnen abgestraft wurden). Dies geschieht vor allem durch eine Reform der Arbeitslosenversicherung, die den durchaus beabsichtigten Nebeneffekt hat, den Einfluss der Gewerkschaften zu schwächen. Zu den problematischen Auswirkungen dieser Politik gehört, dass im Gefolge der Rezession die Kluft zwischen „Insidern“ und „Outsidern“ auf dem schwedischen Arbeitsmarkt größer wird. Deshalb äußert sich Dominique Anxo besorgt über die Möglichkeit eines „zunehmenden Abbaus des schwedischen Modells, des Zusammenspiels seiner Institutionen und der Stabilität seines sozialen Zusammenhalts“.

Der erste Gesamteindruck, der sich aus den zehn Länderkapiteln ergibt, ist der eines auseinanderdriftenden Europas. Wenn man dann die Tendenzen im Zusammenhang betrachtet, ergibt sich eine zweite, etwas tiefer gehende Schlussfolgerung: Die Wechselwirkungen zwischen den wirtschaftlichen Entwicklungen der Länder in der EU und vor allem innerhalb der Währungsunion, sowie die geradezu verbohrt Fixierung auf die Kürzung öffentlicher Ausgaben als Dreh- und Angelpunkt jeglicher wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene unterminieren die Wege zu wirtschaftlicher Erholung und zu einer dringend notwendigen Neuorientierung der sozialökonomischen Modelle in den Ländern der EU. Diese Wege sind von Land zu Land sehr verschieden, aber unterminiert oder gar verbaut werden sie überall. Was wir erleben ist die Wiederauferstehung einer Politik des „there is no alternative“ (TINA), aber mit einer neuen Begründung.

TINA reloaded

In fast allen Ländern, die in den folgenden zehn Kapiteln beschrieben werden, werden die Wirkungen der Krise von 2008/2009 auf der Basis von Grundgedanken des Neoliberalismus bekämpft. Der Fundamentalismus des freien Marktes wird rhetorisch in Frage gestellt, aber in der Praxis wird die Dominanz des Neoliberalismus wieder hergestellt, und zwar trotz einer in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Auffassung, dass „diejenigen, die für die Krise verantwortlich sind, die Rechnung bezahlen sollen“. Dieser Spagat wird durch die Fokussierung auf den Abbau der in der Krise sprunghaft angestiegenen Staatsschulden ermöglicht. Entgegen der völlig offen zutage liegenden (und im Beitrag von Leschke, Theodoropoulou und Watt noch einmal dokumentierten) Abfolge der Ereignisse —

erst kam die Krise, dann schnellten die Staatsschulden in die Höhe — wird allen voran durch die deutsche Bundesregierung die Folge zur Ursache erklärt. Hinzu kommt, dass die Sanierung der öffentlichen Haushalte vorrangig oder sogar fast ausschließlich mit Hilfe von Ausgabenkürzungen bewerkstelligt werden soll — die Einnahmeseite wird mit Ausnahme von (degressiv wirkenden) Verbrauchssteuern weitgehend ausgeblendet. Mit Hilfe dieser doppelten Amnesie wird die Senkung der Staatsausgaben zum Schlüssel für alles erklärt: Kurzfristig soll der Schuldenabbau der Abwehr spekulativer Attacken auf Staatsanleihen von „Schuldensündern“ dienen; mittelfristig schaffe er das „Vertrauen“, das für die wirtschaftliche Erholung nötig sei; langfristig sei er der einzige Weg, der „unsere Kinder und Enkel“ davor bewahre, die Kosten dafür zu tragen, dass „wir heute über unsere Verhältnisse leben“.

Dass alle wirtschaftlichen Probleme gelöst werden könnten, sobald die Staatshaushalte ausgeglichen seien, ist ein, wie es ein Kommentator der Financial Times formulierte, „quasi-religiöser Glaube“ (Wolf 2011) der führenden Kräfte der Eurozone. Im unwahrscheinlichen Fall eines Glaubensverlustes, so muss dem hinzugefügt werden, kommt die Warnung aus Goethes „Erlkönig“ zur Geltung: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“ Anders als bei Goethe ist der Erlkönig von heute – oder besser gesagt: die Erlkönigin – jedoch für alle deutlich sichtbar. Allerdings bekommt Goethe insofern wieder Recht, als Europas Erlkönigin und die ihr nachgeordneten Erlkönige nicht müde werden zu betonen, dass es darum gehe, „die Märkte zu beruhigen“. Und da „die Märkte“ nun einmal Orte, aber keine Akteure sind, bleiben letztere tatsächlich unsichtbar.

Um „die Märkte zu überzeugen“, um „Vertrauen zu schaffen“ wird nun in der EU eine Art Fiskaldiktatur errichtet. Zwar werden, wie Leschke, Theodoropoulou und Watt erläutern, in der auf EU-Ebene eingeführten „Excessive Imbalance Procedure“ auch Leistungsbilanz-Ungleichgewichte thematisiert, doch Strafmaßnahmen sind ausschließlich gegen Defizitländer vorgesehen (abgesehen davon, dass die Überschuss-Grenze, ab der die EU-Gremien aktiv werden sollen, höher als die Defizit-Grenze ist und rein zufällig etwas oberhalb der Marke des gegenwärtigen deutschen Leistungsbilanz-Überschusses liegt). Führend bei der Durchsetzung dieser Perversion des ursprünglichen Gedankens einer — von allen deutschen Regierungen stets abgelehnten — europäischen Wirtschaftsregierung ist die deutsche Bundesregierung. Unterstützt wurde sie dabei bislang von Präsident Sarkozy sowie den mehrheitlich rechtsgerichteten Regierungen der kleinen Gruppe

der Überschussländer (Bieling 2011).

Im Windschatten dieser alles beherrschenden Aufgabe werden dann die anderen üblichen Verdächtigen ins Rennen geschickt. Die Sanierung des Staatshaushalts müsse durch „Strukturreformen“ — allen voran die Deregulierung des Arbeitsmarkts — ergänzt werden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen. Im Falle Griechenlands heißt das, wie von Maria Karamessini beschrieben, Erleichterung und Verbilligung von Kündigungen, Verlängerung des zulässigen Zeitraums für aufeinander folgende befristete Arbeitsverträge, Reduzierung des Überstundenzuschlags, Aufhebung der Allgemeinverbindlich-Erklärung von Tarifverträgen, Vorrang von Firmen-Tarifverträgen vor Flächentarifverträgen; Senkung des Mindestlohns in der Privatwirtschaft. In Spanien ist es noch schwieriger, bei den seit dem Sommer 2010 beschlossenen (und von Banyuls und Recio beschriebenen) „Reformprogrammen“ einen Zusammenhang zur Senkung der Staatsschulden zu erkennen, zumal diese in Spanien ja deutlich niedriger sind als in Deutschland und weit unter dem EU-Durchschnitt liegen: Neben diversen Kürzungen im Staatshaushalt und im Sozialsystem, einschließlich der Übernahme des deutschen Exportschlagers „Rente mit 67“, handelt es sich ganz ähnlich wie in Griechenland um Maßnahmen wie die Lockerung des Kündigungsschutzes, den Vorrang von Firmen-Tarifverträgen vor Flächentarifverträgen, die Aufhebung jeglicher Beschränkung in der Anzahl aufeinander folgender befristeter Arbeitsverträge und das Einfrieren des gesetzlichen Mindestlohns in der Privatwirtschaft.

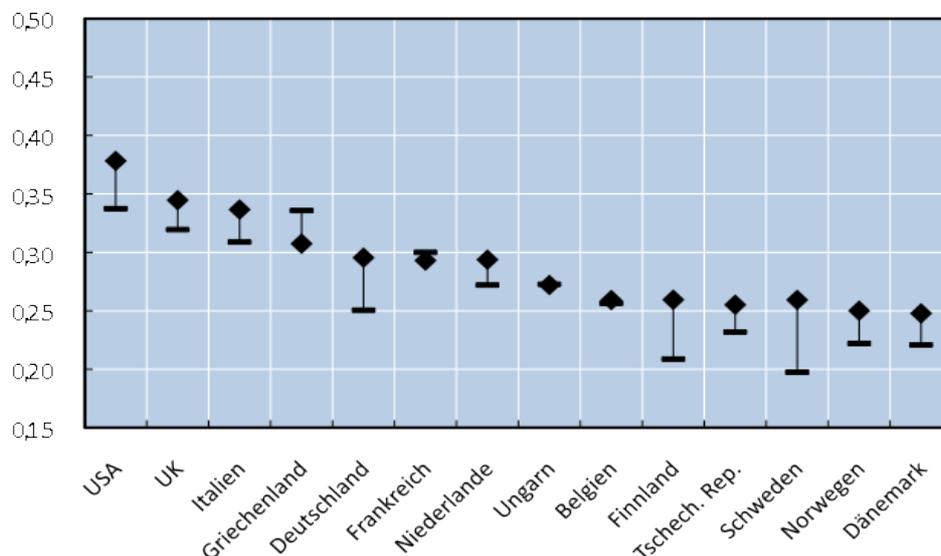
Selbstverständlich kommt kaum ein Journalist auf die Idee, einmal nachzufragen, weshalb zwei Ländern mit völlig unterschiedlichen wirtschaftlichen Problemlagen, darunter nicht zuletzt völlig unterschiedlichen Niveaus der Staatsverschuldung, mit Hilfe desselben Programms wieder auf die Beine geholfen werden soll. Schuldensünder müssen eben sparen und sich den Gürtel enger „reformieren“, damit sie nicht länger über ihre Verhältnisse leben und uns auf der Tasche liegen. Man fühlt sich an die von Stiglitz (2002, S. 64) erwähnte Anekdote erinnert, dass in den Konditionen des IWF für die Kreditvergabe an von Finanzkrisen gebeutelte Länder in den 1990er Jahren einmal vergessen wurde, in einem Dokument beim „copy and paste“ den Namen des betreffenden Landes zu ersetzen. Es geht tatsächlich, wie Karamessini schreibt, um die Beschleunigung des neoliberalen Projekts in seiner *ganzen* Bandbreite. Dabei gilt wie bisher der Satz: *One size fits all*.

Die Fixierung auf den kurzfristigen Abbau der Staatsverschuldung durch massive Kürzungsprogramme, unterstützt durch die Beseitigung der wichtigsten sozialen Schutzrechte, die nach der neoliberalen Reformpolitik in den zwei Jahrzehnten vor der Krise übrig geblieben sind, unterstreicht eindrucksvoll, was James Wickham in seinem Kapitel über Irland „die Paradoxien des Nicht-Lernens“ nennt. Dass in der Krise kurzfristige Austeritätspolitik zum Ausgleich öffentlicher Haushalte katastrophale Folgen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hat und die Regierungen damit zwingt, in einer Art Verelendungsspirale — wie derzeit in Griechenland — den sinkenden Einnahmen hinterher zu sparen, ist eigentlich mit Hilfe eines durch neoliberale Glaubenssätze unverbildeten gesunden Menschenverstandes ebenso leicht nachvollziehbar wie mit Hilfe des Denkens in makroökonomischen Zusammenhängen. Letzteres bringt Stiglitz (2002, S. 127) in dem ihm eigenen Optimismus auf den Punkt: „Seit sechzig Jahren vertritt kein seriöser Volkswirt mehr die Meinung, dass eine Volkswirtschaft, die auf eine Rezession zusteuert, einen ausgeglichenen Staatshaushalt haben sollte.“ Im Übrigen ist dieser Zusammenhang auch empirisch mehrfach eindrucksvoll belegt worden. Der IWF, der ja zu den tragenden Säulen des „Washington Consensus“ gehört (Bakvis 2011) und auch gegenwärtig eine maßgebliche unterstützende Rolle für die EU-Austeritätspolitik spielt, hat die Folgen kurzfristiger Haushaltskonsolidierung in allen seinen Mitgliedsländern in den Finanzkrisen der zurückliegenden 30 Jahre analysieren lassen. Die Forschungen zeigen, dass innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren das BIP deutlich zurückgeht, die Arbeitslosigkeit — insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit — steigt, die Löhne sinken und die Ungleichheit der Einkommensverteilung zunimmt. Ball et al. (2011, S. 22) fassen die IWF-Forschungen mit der Feststellung zusammen, dass kurzfristige Haushaltskonsolidierung „kontraktiv, nicht expansiv“ wirke und „die Schwierigkeiten derjenigen vergrößert, die ohnehin schon am meisten leiden“.⁷

⁷ Die Autoren (ebenda: 23; vgl. dort auch die weiterführenden Literaturangaben) plädieren für eine Politik der allmählichen Haushaltskonsolidierung verbunden mit Maßnahmen zur Unterstützung des Wachstums und berufen sich dabei auf die IWF-Direktorin Christine Lagarde. Wie allerdings das Beispiel der sogenannten Troika zeigt, die den griechischen Regierungen die Politik vorgibt, haben sich diese Erkenntnisse bislang nicht im konkreten Vorgehen des IWF niedergeschlagen. Diese Kluft zwischen Erkenntnissen und „Empfehlungen“ ist nicht neu: Auch nach den katastrophalen Ergebnissen der vom IWF verordneten Deregulierungs- und Austeritätspolitik in den lateinamerikanischen und asiatischen Finanzkrisen der 1990er Jahre hat sich die Führung des IWF (zu der dann streckenweise auch ein späterer zeitweiliger Bundespräsident gehörte) in ihrer praktischen Politik nicht in ihrem Kurs beirren lassen (Stiglitz 2002).

In derselben IWF-Publikation wird auch auf den ebenso wichtigen Befund hingewiesen, dass mit zunehmender Ungleichheit in der Einkommensverteilung die Wahrscheinlichkeit von Leistungsbilanzdefiziten steige, wodurch wiederum die private oder öffentliche Verschuldung in die Höhe getrieben und Krisenpotential aufgebaut werde. Deshalb gebe es langfristig keine sinnvolle Alternative dazu, das Problem der Einkommensungleichheit gezielt anzugehen (Kumhof/Rancière 2011). Auch in diesem Punkt ist die Kluft zwischen Erkenntnissen und Politik enorm. Abbildung 1 vermittelt einen groben Eindruck davon, wie sich die Einkommensverteilung in einigen europäischen Ländern (sowie zum Vergleich in den USA) seit Mitte der 1980er Jahre verändert hat.

Abbildung 1: Veränderung der Einkommens-Ungleichheit* von Mitte der 1980er Jahre bis 2008



* Indikator für die Verteilung der preisbereinigten Haushaltseinkommen ist der Gini-Koeffizient. Je höher diese Kennziffer, desto ungleicher die Verteilung. Der waagerechte Strich bezeichnet die Ungleichheit Mitte der 1980er Jahre, die Raute den Stand von 2008.

Quelle: OECD (2011, S. 24)

Die Abbildung (auch wenn die Länderauswahl leider nicht deckungsgleich mit der im vorliegenden Buch ist) illustriert damit auch einige der in den folgenden Kapiteln erzählten Geschichten. Das hohe Maß an Ungleichheit in Großbritannien entspricht den Erwartungen, auch wenn eine genauere Darstellung des zeitlichen Verlaufs zeigen würde, dass die Zunahme der Ungleichheit zum gr o ten Teil vor 2000 stattgefunden hat (zu diesen und den folgenden Differenzierungen nach Zeitraum und Einkommensklassen vgl. auch OECD 2007). In Deutschland wiederum war der Anstieg von Einkommensungleichheit und Armut seit 2000 stärker als in jedem anderen OECD-Land. Ebenfalls starke Ungleichverteilung gibt es in zwei südeuropäischen

Ländern — beide mit hohen Leistungsbilanzdefiziten. Interessant ist die Richtung der Entwicklung in Griechenland: Dort ist es den unteren und mittleren Einkommensgruppen gelungen, entgegen der generellen Tendenz den Reichen des Landes ein Stück des Kuchens streitig zu machen. Maria Karamessini beschreibt in ihrem Beitrag, wie dieser Verteilungskonflikt den Anstieg des Preisniveaus weit über den Durchschnitt Euro-Zone hinaus getrieben hat (sie nennt dies Profit-Preis-Spirale in Abgrenzung zur üblichen Interpretation als Lohn-Preis-Spirale) — was innerhalb einer erweiterten de facto DM-Währungsunion nicht toleriert wurde. Interessant ist die Stabilität der Verteilung in Frankreich. Hierin reflektiert sich der Anstieg der durchschnittlichen (!) Löhne im Ausmaß der Produktivitätssteigerung, die zu jener Binnenmarktorientierung des wirtschaftlichen Wachstums beigetragen hat, die von Mainstream-Ökonomen jetzt als Wettbewerbsnachteil Frankreichs dargestellt wird. In ihrem Niveau entspricht die Ungleichheit etwa dem jetzt in Deutschland erreichten, und Jany-Catrice/Lallement schreiben über jüngste Tendenzen der Verschärfung dieses Problems. Auffallend ist schließlich die starke Zunahme der Ungleichverteilung in Schweden. Sie hängt in zwar erster Linie mit einer Spreizung der Einkommen in der oberen Hälfte der Einkommenspyramide zusammen und wird in ihren Auswirkungen erheblich durch staatliche Transferleistungen gedämpft. Dennoch markiert sie wichtige Veränderungen im schwedischen Modell, die im Beitrag von Dominique Anxo behandelt werden.

Anstatt — wie von den oben zitierten IWF-Forschern empfohlen — „das Problem der Einkommensungleichheit gezielt anzugehen“ und damit eine der Hauptursachen von wirtschaftlichen Ungleichgewichten und Krisen zu bekämpfen, wird von der EU, mit Unterstützung des IWF und auf maßgebliches Drängen der deutschen Regierung, eine Politik betrieben, die in den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern die Ungleichheit weiter vergrößert. So feiern gescheiterte Ideen neue Triumphe.

Blinde Blindenführer

1568 malte Pieter Bruegel das Bild vom Blinden, der andere Blinde führt. Das Motiv geht auf das Matthäus-Evangelium (15,14) zurück, in dem es — die Rede ist von den Pharisäern — heißt: „Lasst sie, es sind blinde Blindenführer. Und wenn ein Blinder einen Blinden führt, werden beide in eine Grube fallen.“ Die Assoziation zur gegenwärtigen Entwicklung in Europa liegt nahe, auch wenn nicht dem Rat gefolgt

werden sollte, die Blindenführer gewähren zu lassen, zumal sie ja auch die Sehenden mitreißen.

Abbildung 2: Der Blindensturz (Pieter Bruegel der Ältere)



Quelle: Wikipedia (Museo Nazionale di Capodimonte)

Die Frage ist natürlich: Sind die maßgeblichen wirtschaftlichen und politischen Akteure in Europa wirklich blind? Oder setzen sie vielmehr die Fokussierung auf Staatsschulden raffiniert als Hebel ein, um das volle Programm des Neoliberalismus ein weiteres Mal aufzulegen, nachdem das Befolgen der neoliberalen Glaubenssätze bereits in die bislang tiefste Krise des Finanzmarktkapitalismus hineingeführt hat und deshalb ein erneutes einfaches Berufen auf diese Glaubenssätze nicht die erforderliche Massenwirksamkeit hätte?

Die Versuchung ist groß, hinter dieser Volte einen großen Plan zu vermuten. Immerhin wurde bereits in den Augen von Hayek der „Weg in die Knechtschaft“ in erster Linie durch den Sozialstaat gebahnt, der die Individuen bevormundet und zugleich ein Biotop für die Arbeitsmarktregulierung schafft, die das Funktionieren der Märkte stört.⁸ Doch viel wahrscheinlicher ist, dass die Überforderung der

⁸ Zu den Anfängen und der Karriere dieser Doktrin vgl. Deppe (2003: 439 ff.). Im O-Ton funktioniert sie heute fast nur noch in den USA, dort allerdings mit beängstigender und zunehmender Aggressivität. Die in der Geschichte der USA traditionsreiche Forderung nach dem „small state“ wird seit dem Aufstieg der Tea Party gegenwärtig so massiv vorgetragen wie seit der Niederlage der Rechten in der Präsidentschaftswahl von 1932 nicht mehr. Von der Cameron-Regierung in Großbritannien dagegen wird sie — in einer für europäische

Regierungen, ihr kurzatmiges, von den Ereignissen und opportunistischen innenpolitischen Überlegungen getriebenes Taktieren nicht gespielt sind. Sie haben es mit einer ernsten, in dieser Tiefe und diesem Umfang noch nicht erlebten Krise des Finanzmarktkapitalismus zu tun, von der buchstäblich niemand genau weiß, wie man sie überwinden kann. Auch die mächtigsten Akteure — die Großkonzerne der Geldwirtschaft — wissen es nicht. Sie definieren und verfolgen aber ihre unmittelbaren Interessen, darunter sicherlich auch Branchen- und nicht allein Unternehmensinteressen. Die sich von ihnen abhängig machenden Regierungen definieren im besten Fall — aber ebenfalls mit relativ kurzem Zeithorizont — die wirtschaftlichen Interessen ihrer Länder (und ihre jeweiligen Machtinteressen innerhalb dieser Länder). Zu viel mehr dürfte es nicht reichen. So ist es schon auffallend, mit welcher Gewissheit die Regierung, die den Zug der Lemminge in Europa anführt, davon auszugehen scheint, dass sie selber nicht springen muss und vom Sprung der anderen in die Tiefe auch nicht in Mitleidenschaft gezogen wird (vorausgesetzt, sie rechnet überhaupt mit einem Kliff). Dabei verbinden sich in der deutschen Politik — wie im Kapitel über Deutschland näher beleuchtet — die wirtschaftlichen Interessen, die das deutsche „Geschäftsmodell“ in Europa begründen, mit einem beispiellosen Dogmatismus, mit dem an dem bisherigen Deutungsrahmen festgehalten wird.

Die Krise war bislang offenbar zu kurz oder nicht tief genug, und vor allem fehlte es an durch politische Macht gestützten Alternativen, um diesen international etablierten Deutungsrahmen erschüttern zu können (vgl. dazu die Diskussion dieser Problematik bei Bischoff/Detje 2012). Er wurde für einen völligen Blindflug in der größten Not lediglich einige Monate in die Schublade gelegt. Über diese lässliche Sünde muss nicht mehr geredet werden, jetzt kann wieder wie vor der Krise weitergemacht werden. Eine ironische Pointe dieses Triumphs gescheiterter Ideen: Schon lobt die OECD in ihrem der G-20 vorgelegten Jahresbericht für 2012 die Reformbereitschaft von Griechenland, Spanien, Irland, Portugal und Großbritannien – diese fünf Länder stehen an der Spitze der Hitliste, mit der die OECD die Umsetzung der von ihr empfohlenen „Reformen“ für den Zeitraum seit 2008 prämiert (OECD 2012, S. 26).

Ohren eher akzeptablen Variante — zum (komplementären) Ziel einer „big society“ aufgehübscht. Zumindest in Europa — und auch Großbritannien ist sehr europäisch — kann das Ideal des „schlanken Staates“ seit 2008 nicht mehr mit der Überlegenheit des Marktes begründet werden. So dient nun die Bekämpfung der Staatsschulden als funktionales Äquivalent.

Sie vergisst dabei zu erwähnen, dass in diesen Ländern die Arbeitslosigkeit im selben Zeitraum besonders stark gestiegen ist (s.u., Tabelle 2). Deutschland dagegen sei „reformmüde“ geworden (ebenda). Festgemacht wird dieses Stirnrunzeln u.a. an der Weigerung der Bundesregierung, den Kündigungsschutz zu lockern. Als mildernde Umstände lässt die OECD die „Anstrengungen der Vergangenheit“ und die vergleichsweise gute wirtschaftliche Lage in Deutschland gelten. Nun, letzteres könnte sich ja bald ändern, und auf den Lorbeeren für die Heldentaten von Schröder, Clement und Steinmeier kann sich Merkel auch nicht ewig ausruhen. So schnell kann eine Regierung wieder unter die strenge Aufsicht der Inquisitoren geraten, deren Urteile sie selbst nutzt, um sich andere Regierungen gefügig zu machen.

Das Revival des Neoliberalismus in der Krise drückt sich bereits in der Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit aus. Während die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der EU im Laufe des Jahres 2010 begonnen hatte, von ihrem Höchststand im Wirtschaftseinbruch 2009 aus leicht zurückzugehen, stieg sie 2011 wieder deutlich an. Besonders hohe Anstiege verzeichnete sie in Griechenland und Spanien; nur in einer Minderheit der Euro-Länder – darunter Österreich, Finnland und Deutschland – ging die registrierte Arbeitslosigkeit weiter zurück (zu einigen Haken und Ösen der Statistik vgl. das Kapitel zu Deutschland). Die Arbeitsmärkte in Europa und insbesondere innerhalb der Euro-Zone driften auseinander – sowohl innerhalb des jeweiligen nationalen Rahmens als auch zwischen den Ländern (Tabelle 2).

Tabelle 2: Arbeitslosenquoten in ausgewählten EU-Ländern, 1/2011 und 1/2012 (in %) und Platz in der Hitliste der Umsetzung von durch die OECD empfohlenen „Strukturreformen“

	Januar 2011	Januar 2012	OECD-Ranking*
Österreich	4,5	4,0	16
Deutschland	6,5	5,8	30
Schweden	7,8	7,6	10
Großbritannien	7,8	8,4**	5
Italien	8,1	9,2	15
Frankreich	9,6	10,0	21
EU 27	9,5	10,1	-
Euro-Zone	10,0	10,7	-
Ungarn	11,4	10,9	13
Irland	14,4	14,8	3
Portugal	12,3	14,8	4
Griechenland	14,7	19,9**	1
Spanien	20,6	23,3	2

* Die Nummern bezeichnen eine Rangfolge unter 30 Ländern und geben an, in welchem Umfang im Zeitraum 2008-2011 die OECD-Empfehlungen für neoliberale „Strukturreformen“ auf den Gebieten des Sozialstaats und der Arbeits-, Güter- und Finanzmarktregulierung umgesetzt worden sind. Unter den 30 durch die OECD erfassten Ländern liegt Deutschland auf dem letzten und Griechenland auf dem ersten Platz.

** November 2011

Quelle: Eurostat; letzte Spalte: OECD (2012)

Die tiefen Spuren, die dieses Revival bereits nach kurzer Zeit innerhalb einzelner Länder hinterlassen hat, werden in einigen der folgenden Aufsätze beschrieben. Die Kapitel über Irland, Spanien und Griechenland zeigen, wie die Austeritäts- und Deregulierungspolitik diese Länder immer tiefer in die Krise treibt, ohne den „Sozialismus für die Reichen“ anzutasten, als den Wickham die Umwandlung privater Schulden in öffentliche Schulden beschreibt. Diese Länder werden auch dann von Krisen oder Instabilität belastet bleiben, wenn die Wirtschaft (wie zum Beispiel in Irland, anders als in Griechenland) durch ausländische Nachfrage zeitweilig wieder etwas belebt wird. Es sind systemische Krisen, die durch das grundlegende Problem hervorgerufen werden, das diese Länder bislang keine nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungspfade gefunden haben. Sicher, früher oder später wird es auch wieder Wirtschaftsaufschwünge in diesen Ländern geben. Doch der Weg dahin ist mit zunehmender sozialer Spaltung, mit Verarmung größerer Teile der Bevölkerung verbunden. Vor allem Griechenland, wahrscheinlich auch Spanien wird diesen Prozess durchleben, der von Ökonomen in vornehmer Zurückhaltung als „interne Abwertung“ bezeichnet wird. Wenn sich die Politik nicht ändert, wird ein großer Teil der Euro-Länder von diesem Prozess der Spaltung auf längere Sicht geprägt bleiben.

Dies gilt in überraschend hohem Maße auch für Großbritannien, dessen Regierung — wie es Grimshaw und Rubery eindrucksvoll beschreiben — eines der härtesten Austeritätsprogramme in Europa verfolgt, ohne sich dabei auf den Druck fremder Mächte berufen zu können. Wenn sich das „Kabinett der Millionäre“ mit seiner „Thatcher plus“ - Politik durchsetzt, wird die Abhängigkeit des Landes von der Londoner City größer denn je sein, auf Kosten nicht nur der sozialen Gerechtigkeit und des regionalen Ausgleichs, sondern ebenso des Potentials, einen Weg für ein zukunftsfähigeres wirtschaftliches Entwicklungsmodell zu finden.

Besonders besorgniserregend ist die Entwicklung in Ungarn. Tóth, Neumann und Hosszú schildern eindrucksvoll, wie in ihrem Land neoliberale Politik mit regierungsamtlichem Rechtspopulismus kombiniert wird. Die gegenwärtige

Regierung, die mit ihrer parlamentarischen Mehrheit die Verfassung ändern kann, errichtet ein autoritäres Regime, dessen Maßnahmen teilweise auf Kritik auch der EU-Kommission stoßen. Gewisse Bedenken gibt es in Brüssel z.B. wegen möglicher Einschränkungen der Pressefreiheit. Auf wirklich entschiedenen und entschlossenen Widerstand trifft jedoch vor allem der Versuch, die ungarische Nationalbank politisch zu beeinflussen. Die österreichischen Banken wiederum sind empört über die Absicht der Regierung in Budapest, die Schulden ungarischer Privathaushalte, die in Euro oder Schweizer Franken gehalten werden, per Regierungsdekret abzuwerten. Ziel der ungarischen Regierung ist es natürlich, die wirtschaftlichen Interessen der aufstrebenden Mittelschicht zu schützen, die ihren Konsum in wachsendem Maße über derartige Kredite finanziert hat — und nun als Wählerbasis gebraucht wird, um die Einschnitte in das Sozialsystem und die Arbeitsmarktregulierung durchführen zu können. Wer das Kapitel über Ungarn liest, wird sich einem weiteren beklemmenden Eindruck kaum entziehen können: Kritik löst Rechtspopulismus in Europa — wenn überhaupt — eigentlich nur dann aus, wenn er in ärmeren Ländern die Regierungspolitik prägt oder beeinflusst. Gegenüber dem Rechtspopulismus in reicheren Ländern — wie den Niederlanden, aber weniger unverhüllt auch anderswo — ist die Toleranz deutlich größer.⁹

Italien — immerhin die viertgrößte Volkswirtschaft in der EU — nimmt zwischen den Lagern der Schwachen und Starken in Europa eher eine mittlere Stellung ein, auch wenn es für das erste I in PIIGS steht. Die Industrie in den nördlichen Landesteilen bietet im Prinzip große Potentiale, um mit internationalen Konkurrenten Schritt halten zu können. Selbst eine gegenüber ihrem Land sehr kritische Ökonomin wie Annamaria Simonazzi ist, wie sie in ihrem Beitrag zu diesem Buch begründet, im Grundsatz diesbezüglich durchaus nicht pessimistisch. Auf der anderen Seite jedoch, und dies hebt sie schonungslos hervor, wird die Entwicklung des Landes insgesamt durch die Bürokratie im öffentlichen Sektor, durch Korruption, durch Vetternwirtschaft und organisiertes Verbrechen blockiert. Zugleich wird die dringend erforderlichen Modernisierung des Wohlfahrtsstaates durch eine viel zu schmale Steuerbasis fast unmöglich gemacht. Simonazzi bringt es so auf den Punkt: Die Ober- und Mittelschichten haben es geschafft, „das Zahlen von Steuern zu vermeiden und

⁹ Auch der Sturz Berlusconi gehört in diesen Zusammenhang. Der seit langem allseits bekannte Rechtspopulismus seiner Regierung stieß erst in dem Moment auf Ungnade, als Italien in die Liga der Problemländer abrutschte. Die Regierungen dieser Länder haben zu gehorchen, basta.

haben ihre Steuerbescheide durch den Kauf von Staatsanleihen ersetzt, die benötigt werden, um das Defizit zu finanzieren.“ Wenn die Regierung unter diesen Umständen einfach versuchen würde, Steuern zu erhöhen, würde dies lediglich die degressive Wirkung des Steuersystems verstärken und diejenigen Bürgerinnen und Bürger bestrafen, die ihre Steuern tatsächlich bezahlen. Steuervermeidung kann, wie Simonazzi schlussfolgert, nur zurückgedrängt werden, wenn der Sinn des Steuerzahlens „wieder verbunden wird mit der Erfahrung, dafür auch Dienstleistungen nutzen zu können: Die Menschen müssen wieder lernen, dass es die Gesundheitsversorgung, die Bildung, die Kindergärten und die Altenpflege sind, wofür sie zahlen“. In einem Land, dessen Privathaushalte ein Netto-Finanzvermögen in Höhe von 175% des BIP besitzen (zum Vergleich: In Deutschland beträgt die Relation 125%; Krämer 2011), ist die Befolgung neoliberaler Richtlinien durch Kürzung öffentlicher Ausgaben in einer solchen Situation tatsächlich der einfachere Weg. Die Probleme werden sich aber so nicht lösen lassen.

Im Vergleich mit den „Problemländern“ wird die Austeritätspolitik in Frankreich, Österreich und Deutschland zumindest bislang wesentlich behutsamer verfolgt. Doch auch in Österreich steuert die Politik das Land in wachsende Schwierigkeiten hinein, wie Hermann und Flecker schreiben: „Genau das, was die Probleme verursacht hat, wird als Heilmittel betrachtet: Kürzungspolitik, Privatisierung, Schutz großer Geldvermögen“; unter diesen Vorzeichen sei es unwahrscheinlich, dass Österreich aus einer erneuten Rezession ähnlich glimpflich wie aus der zurückliegenden hervorgehen werde. Die deutsche Regierung wiederum rettet sich einstweilen mit der Verbreitung des Eindrucks über die Runden, das „Sparen“ sei vor allem eine Aufgabe der anderen Länder, und die Krisendividende für den deutschen Staatshaushalt erleichtert ihr diese Inszenierung (vgl. dazu das Kapitel über Deutschland). Dennoch wirft, wie das Beispiel der Unterfinanzierung der öffentlichen Kinderbetreuung zeigt, die Schuldenbremse ihre Schatten bereits voraus. Auf dem Weg dahin droht weitere Unbill: Wenn alle dem deutschen Beispiel der „Lohndämpfung“ folgen, kann die bisherige deutsche Strategie des Exportüberschusses zumindest innerhalb der EU nicht mehr funktionieren. Dann müsste der Anteil von bislang 40% aller deutschen Exporte, die in Länder außerhalb der EU gehen, massiv gesteigert werden — angesichts der internationalen konjunkturellen Entwicklung keine triviale Aufgabe. Zumindest innerhalb Europas wird es für Deutschland also immer schwieriger, den bisherigen Kurs fortzusetzen. Die erneute neoliberale Revolution in der EU frisst ihre

Eltern.

Angesichts der deutschen Dominanz liegt es für Linke in Deutschland, aber offensichtlich auch in einigen anderen Ländern nahe, die deutsche Regierung und den deutschen Kapitalismus für die gegenwärtige Misere alleinverantwortlich zu machen. „Die Griechen“ als Opfer der deutschen Politik zu sehen mag als Reflex auf deutschen Rechtspopulismus durchgehen. Dass die Dinge aber etwas vielschichtiger sind, wird in den folgenden Kapiteln deutlich. Die Autorinnen und Autoren befassen sich mit den Krisenursachen im *eigenen* Land, und deshalb schieben sie nicht die Verantwortung für die Überwindung der Krise auf andere, auch wenn sie an den tatsächlichen Machtverhältnissen in der EU von heute und dabei insbesondere an der Rolle der deutschen Politik keinen Zweifel lassen. Dieser komplizierten Gemengelage wende ich mich nun abschließend zu.

Nationale Hausaufgaben und europäische Solidarität

Das jetzt in die Krise geratene Modell einer europäischen Währungsunion als erweiterter DM-Zone hat jahrelang von der Mittäterschaft der führenden Akteure in den heutigen „Problemländern“ profitiert — zu deren Vorteil ebenso wie dem der deutschen Eliten. Zwar hat vor der Krise trotz aller Leistungsbilanzdefizite niemand in der EU — geschweige denn auf „den Märkten“ — einen Anlass gesehen, diesen Ländern den Status eines Problemfalls zu verleihen. Immerhin waren die Wachstumsraten der heutigen „Schuldensünder“ (mit Ausnahme Italiens) deutlich höher als die Deutschlands. Auch hatten ihre Regierungen sich teilweise schon in den 1990er Jahren immer wieder um neoliberal inspirierte Arbeitsmarktreformen bemüht — wenn auch nicht ganz so konsequent, wie es eine SPD-geführte Bundesregierung dann später in Deutschland ins Werk setzte. Immerhin gehörten die Arbeitsmärkte Italiens und Spaniens bereits vor der Krise zu den am stärksten gespaltenen in Europa. Doch dadurch wird keine Volkswirtschaft gesund.

Und krank waren sie alle, aber jede hatte und hat ihre ganz eigene Krankheit: Das völlig auf das Anziehen von ausländischen Direktinvestitionen und Schattenbanken fokussierte Modell Irlands; der — ebenso wie in Irland — mit hoher privater Verschuldung einhergehende und zudem die Umwelt zerstörende Immobilienboom in Spanien; die Gewinn-Preis-Spirale in Griechenland in Verbindung mit einer extrem schwachen Steuerbasis und der Abwesenheit jeglichen wirtschaftlichen

Entwicklungskonzepts; und in Italien die „wachstumsbehindernde Vetterwirtschaft, Korruption und bürokratische Ineffizienz“ zusammen mit einer ausgeprägt starken Kombination von „Steuervermeidung, Steuerflucht und Steuersenkungen“. Die von allen Regierungen und Wirtschaftseliten befürworteten Projekte des Binnenmarktes und der Währungsunion haben diesen Ländern keine zukunftsfähigen wirtschaftlichen Entwicklungspfade eröffnet. Dies zahlt sich jetzt bitter aus. Zwar hat das durch den Euro ermöglichte Niedrigzins-Modell einige Jahre lang gut funktioniert — nicht nur für die Oberschichten, vielfach auch für die Mittelschichten dieser Länder. Doch jetzt ist, wie James Wickham für Irland schreibt, „die Party vorbei“. Nun wird in Europa, wie der CDU-Fraktionsvorsitzende auf dem CDU-Parteitag Ende 2011 verkündete, „deutsch gesprochen“.

Doch die Herrschenden in diesen Ländern sind nur schwach im Verhältnis zu den Machtzentren in Europa, nicht im Verhältnis zu ihren Opponenten im eigenen Land. Banyuls und Recio schreiben in ihrer Analyse der Entwicklung in Spanien, dass es insbesondere „die Abwesenheit eines glaubwürdigen Projekts mit klar entwickelten Alternativvorschlägen“ sei, die es den Regierungen seit 2010 erlaubt habe, ihre Unterordnung, unter die Brüsseler (und Berliner) Diktate „als die einzige realistische Antwort“ darstellen zu können. Und Tóth, Neumann und Hosszú charakterisieren die Stimmung in Ungarn als eine „heimliche Übereinstimmung der Mehrheit einer desillusionierten Gesellschaft“ mit der herrschenden Politik. Nicht zuletzt deshalb sind die Herausforderungen, vor denen die Gewerkschaften, soziale Bewegungen, die Linke im weitesten Sinne des Wortes heute in Europa stehen, so komplex wie selten zuvor. Dies ist es, worauf Hans-Jürgen Urban mit seiner Idee einer „Mosaik-Linken“ abzielt, die er als „einen heterogenen Kollektivakteur, bestehend aus unterschiedlichen Initiativen, Organisationen und Persönlichkeiten“ beschreibt, als eine „europaweite und europafreundliche, soziale Widerstandsbewegung gegen das Regime der autoritären Stabilität und für ein kooperatives und demokratisches Europa“. Dies setze aber eine „Mehrebenen-Perspektive“ voraus, also — in meinen Worten — eine Überwindung des unverbundenen Nebeneinanders von Verteilungskonflikten im nationalstaatlichen Rahmen einerseits und davon losgelösten oder abgehobenen europäischen Deklarationen oder auch Demonstrationen in Brüssel.

Der Gedanke der „Mehrebenen-Perspektive“ zielt auf den Kern des Problems. Eine Neuorientierung ist wirklich nur im Verbund der beiden Ebenen — also der EU

einerseits und der nationalstaatlichen andererseits — zu erreichen. Ohne hier auf die Diskussion über notwendige Reformen auf EU-Ebene eingehen zu können (vgl. hierzu u.a. EuroMemo Gruppe 2012), soll lediglich auf vier zentrale Themen hingewiesen werden. Zum einen muss die de-facto Wirtschaftsregierung, die gegenwärtig auf EU-Ebene geschaffen wird, von ihrer Fokussierung auf Staatsschulden befreit werden. Watt (2011, S. 64) schlägt einen *makroökonomischen* Überwachungsmechanismus vor, der auf die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte (also in *gleicher Weise* auf Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse) fokussiert ist und die Lage der öffentlichen Haushalte gleichrangig mit den Verschuldungspositionen des Privatsektors als Teil dieser Ungleichgewichte betrachtet. Zweitens, derselben Logik einer Fokussierung auf außenwirtschaftliche Ungleichgewichte folgend, dürfte der Euro erst dann eine erfolversprechende Zukunft als europäische Binnenwährung bekommen, wenn eine Art europäischer „Ausgleichsunion“ (Troost/Paus 2011) geschaffen wird, in der die Überschüsse der einen strategisch eingesetzt werden, um andere leistungsfähiger zu machen. Drittens müssen die Finanzmärkte auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene re-reguliert werden. Auch die dadurch hinzugewonnenen Staatseinnahmen könnten im Sinne der Ausgleichsunion investiert werden. Und — last not least — viertens: Die Schaffung einer derart neu verstandenen europäischen Wirtschaftsregierung benötigt eine demokratische Legitimation.¹⁰

¹⁰ Derartige Reformalternativen erscheinen heute kaum realisierbar, was in den einschlägigen Veröffentlichungen gewöhnlich mit Attributen wie „mittel- bis längerfristig“ verschämt umschrieben wird. Im Zentrum des vorliegenden Buchs steht die Analyse der bisherigen Entwicklung, die Auseinandersetzung um Alternativen und vor allem um Wege zu ihrer Durchsetzung spielt in den meisten Beiträgen nur eine geringe Rolle. Deshalb an dieser Stelle nur eine Fußnote zum zuletzt genannten Problem: Die Erarbeitung möglichst präziser Reformalternativen ist wichtig, aber ebenso wichtig ist die Erinnerung daran, dass den Ausschlag für ihre Verwirklichung letztlich die politische Macht und die Entschlossenheit gibt, mit der sie genutzt wird. „Alles Wirtschaftliche spielt sich in einem politischen Rahmen ab“ (Krugman 2009: 18). Dies wird am eindrucksvollsten durch das historische Leuchtturm-Beispiel des New Deal demonstriert, der übrigens nie auf einem detailliert ausgearbeiteten Programm beruhte und stets auf dem Weg des trial and error verwirklicht wurde. Glaube niemand, Roosevelt hätte sich bei dem von ihm verfolgten „Kurswechsel“ auf eine breite Interessenkoalition unter Einschluss der wirtschaftlich Mächtigen stützen können. Einige Sätze aus einer berühmten Wahlkampfreden im Jahr 1936 mögen einen kleinen Eindruck von der politischen Entschlossenheit und Konfliktbereitschaft vermitteln, die damals von der mächtigsten Regierung der Welt aufgebracht werden musste: „Großkonzerne und Finanzmonopole ... hatten begonnen, die Regierung der USA als bloßes Anhängsel ihrer eigenen Angelegenheiten zu betrachten. Wir wissen aber, dass die Regierung des organisierten Geldes genauso gefährlich ist wie die Regierung des organisierten Mobs. Noch nie in unserer gesamten Geschichte haben sich diese Kräfte so gegen einen Kandidaten vereint wie heute. Sie sind sich einig in ihrem Hass auf mich — und ich begrüße ihren Hass“ (<http://millercenter.org/president/speeches/detail/3307>; zur Einordnung vgl. Leuchtenburg

Die große Herausforderung liegt in der Wechselwirkung zwischen der Durchsetzung derartig weitreichender Reformen auf EU-Ebene und den Reformen in den Mitgliedsländern der EU und insbesondere der Euro-Zone, die auf die Schaffung von Voraussetzungen für nachhaltigere Modelle der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung gerichtet sind. Kritische WirtschaftswissenschaftlerInnen aus den heutigen „Problemländern“ sehen dies teilweise ebenso. Am zugespitztesten unter den Autorinnen und Autoren des vorliegenden Buchs formuliert dies Annamaria Simonazzi, wenn sie fragt, ob es — erstens — „ein gemeinsames Interesse gibt, das Überschuss- und Defizitländer verbindet“, und zweitens, „welche Reformen die südlichen Länder in eigener Regie einleiten müssen, um der gemeinsamen Währung zu einer tragfähigen Grundlage zu verhelfen“. Ihre mutige Schlussfolgerung: „Erst wenn wir unsere Hausaufgaben gemacht haben, können wir Europas Hilfe verlangen.“

Die Pointe dieses Gedankens besteht darin, dass er — wenn auch aus etwas anderen Gründen — ebenso für die wirtschaftlich leistungsfähigeren und stärkeren EU-Länder gilt, darunter vor allem für Deutschland. Das Problem, das Deutschland für die EU und insbesondere die Euro-Zone darstellt, geht ja weit über den Katastrophenkurs hinaus, der von der deutschen Regierung — mit williger Mittäterschaft und Selbst-Instrumentalisierung der EU-Kommission — gegenwärtig der EU aufgezwungen wird. Es geht ja nicht „nur“, wie im Deutschland-Kapitel erläutert, um „lecture thy neighbour“, sondern um die Kombination von „lecture“ und „beggar thy neighbour“. Das Grundproblem ist das deutsche Geschäftsmodell einer erweiterten DM-Zone bei gleichzeitigem neoliberal orientierten Abbau der auf sozialen Ausgleich gerichteten Institutionen im deutschen Kapitalismus, der alle Länder in Leistungsbilanzdefizite hineintreibt, die sich nicht ebenfalls auf stagnierende Durchschnittslöhne und zunehmende Ungleichheit einlassen.

Wenn hier das größte Problem liegt, weil Deutschland die größte Wirtschaftsmacht und seine Regierung die größte politische Macht in der EU ist, dann sind Reformen in Deutschland für einen Ausweg aus der Krise mindestens ebenso wichtig wie Reformen in den Defizitländern. Wahrscheinlich sind sie sogar am wichtigsten und die Voraussetzung für alles andere. Das wirtschaftlich stärkste Land Europas wird

1995: 101 ff.). Roosevelt gewann diese Wahl noch höher als die davor. 70 Jahre danach sind die Anforderungen an die Reformalternativen sicherlich noch komplexer, doch die an die politische Entschlossenheit bei der Entwicklung von Gegenmacht sind deshalb nicht geringer.

erst dann zum Motor einer wirtschaftlichen und sozialen Integration, wenn es seine eigenen Hausaufgaben macht.

Dies ist es, was die Verbindung des Konzepts der „Hausaufgaben“ mit dem Konzept des „Vorgehens auf mehreren Ebenen“ so kompliziert macht. Es wird keine europäische Reformagenda geben, ohne dass jedes Land seine Hausaufgaben macht. Doch ebenso gilt, dass ohne eine neue europäische Reformagenda alternative Ansätze in den meisten europäischen Ländern sehr schnell erstickt werden dürften. Luft zum Atmen bekommen andere Länder erst, wenn sie nicht länger durch die deutsche Politik bevormundet werden. Die Herausforderungen an einen Politikwechsel sind komplex, aber am größten sind sie in Deutschland. Doch vielleicht sind hier auch die Möglichkeiten am größten, diesen Politikwechsel einzuleiten.

Einstweilen triumphieren die gescheiterten Ideen ein weiteres Mal. Die paradoxe Basis dieses Triumphs ist die wegen des Vertrauens in diese Ideen sprunghaft angestiegene Staatsverschuldung, und sein Vehikel ist das der Eurozone oktroyierte Austeritätsregime. Daran zeigt sich, dass die gescheiterten Ideen diesmal nicht als Heilsversprechen daherkommen, sondern ihr neuerlicher Triumph auf Einschüchterung und Angst beruht. Dies offenbart die Schwäche der Starken. Die Politik des Nicht-Lernens kann nur weitere Krisen hervorbringen. Bleibt zu hoffen, dass nicht das europäische Projekt zu ihren nächsten Opfern gehört.

Literatur

Anxo, D./Bosch, G./Rubery, J. (Hrsg.) (2010), *The welfare state and life transitions: a European perspective*. Cheltenham: Edward Elgar.

Bakvis, P. (2011), *What should replace the Washington Consensus?* In: Coates, D. (Hrsg.), *Exiting from the crisis: towards a model of more equitable and sustainable growth*, Brussels: European Trade Union Institute (ETUI), S. 47-54.

Ball, L./Leigh, D. /Prakash, L. (2011), *Painful medicine*. *Finance & Development* (September), S. 20–23.

Becker, J./Jäger, J. (2009), *Die EU und die große Krise*. *Prokla* 157, S. 541-558.

Bieling, H.-J. (2011), *Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU*. *Prokla* 163, S. 173-194.

Bischoff, J./Detje, R. (2012), *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. *Sozialismus*, Heft 2, S. 24-31.

Bosch, G./Lehndorff, S./Rubery, J. (Hrsg.) (2009), *European employment models in*

flux: a comparison of institutional change in nine European countries. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Crouch, C. (2011), Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II. Berlin: Suhrkamp.

Deppe, F. (2003), Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Band 2: Politisches Denken zwischen den Weltkriegen. Hamburg: VSA.

Esping-Andersen, G. (1990), The three worlds of welfare capitalism. Cambridge: Polity Press.

EuroMemo Gruppe (2012), Europäische Integration am Scheideweg: Mehr Demokratie für Stabilität, Solidarität und soziale Gerechtigkeit - EuroMemorandum 2012. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 3/2012. Online: http://www2.euromemorandum.eu/uploads/euromemorandum_2012_deutsch.pdf (1.3.2012).

Hall, P. A./Soskice, D. (Hrsg.) (2001), Varieties of capitalism. The institutional foundations of comparative advantage. New York: Oxford University Press.

Hickel, R./Troost, A. (2010), Politik des Kapitals - heute. In: Dies. (Hrsg.), Jörg Huffschmid - Kapitalismuskritik heute. Zeitdiagnosen: Vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Hamburg: VSA, S. 7-20.

Horn, G. / Dröge, K. / Sturn, S. / van Treeck, T. / Zwiener, R. (2009), [Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise \(III\)](#): Die Rolle der Ungleichheit. Düsseldorf: IMK Report Nr. 41.

Huffschmid, J. (2002), Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg: VSA

Huws, U./Lehndorff, S./Grimshaw, D. (Hrsg.) (2010), Between the rock and a hard place. The shaping of employment in a global economy. Work Organisation, Labour and Globalisation (4) 1.

Krämer, J. (2011), Wie lässt sich die Staatsschuldenkrise lösen? Commerzbank Economic Research, Woche im Fokus, 25. November 2011. Online: https://www.commerzbank.de/media/de/research/economic_research/aktuelles_research/1125/WiF2.pdf (1.3.2012).

Krugman, P. (2009), Die neue Weltwirtschaftskrise. Frankfurt / New York: Campus.

Krugman, P. (2010), When zombies win. New York Times, December 19. Online: <http://www.nytimes.com/2010/12/20/opinion/20krugman.html> (1.3.2012).

Kumhof, M./Rancière, R. (2011), Unequal = indebted. Finance and Development (September): 25–27.

Lehndorff, S. (Hrsg.) (2009), Abriss, Umbau, Renovierung? Studien zum Wandel des deutschen Kapitalismusmodells. Hamburg: VSA.

Leuchtenburg, W.E. (1995), The FDR Years: On Roosevelt and His Legacy. New York: Columbia University Press.

OECD (2007), Employment Outlook. Paris

OECD (2011), Divided We Stand. Why inequality keeps rising. Paris

OECD (2012), Economic Policy Reforms 2012. Going for growth. Paris.

Reich, R. (2008), Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt. Frankfurt / New York: Campus.

Stiglitz, J. (2002), Die Schatten der Globalisierung. Berlin: Siedler.

Troost, A./Paust, L. (2011), Die Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0. Institut Solidarische Moderne, Frankfurt am Main. Online: <http://www.solidarische-moderne.de/de/article/154.die-europaeische-ausgleichsunion-die-waehrungsunion-2-0.html> (1.3.2012).

Watt, A. (2011), Europe. In: Coates, D. (Hrsg.), Exiting from the crisis: towards a model of more equitable and sustainable growth, Brussels: European Trade Union Institute (ETUI), S. 61-66.

Wolf, M. (2011), We must listen to what the bond markets tell us. Financial Times, 6 September.